

DStGB  
DOKUMENTATION N° 47

---

## Gemeinden sagen Ja zu Kindern

Konzepte und Maßnahmen für mehr  
Kinder- und Familienfreundlichkeit in  
Städten und Gemeinden



**DStGB**  
Deutscher Städte-  
und Gemeindebund  
[www.dstgb.de](http://www.dstgb.de)

## VORWORT

Die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf hat für die kommunal Verantwortlichen in Deutschlands Städten und Gemeinden eine immer größere Bedeutung. Unser Gemeinwesen hat nur dann eine Zukunft, wenn wir die Familien in das Zentrum der Politik stellen. Seit Jahren mahnt das Bundesverfassungsgericht die Politik zum Handeln. Deutschland muss wieder für Familien attraktiv werden. Dazu ist die Situation von Familien deutlich zu verbessern. Das ist nicht nur und auch nicht vorrangig eine finanzielle Frage. Entscheidend ist die Begründung einer Anerkennungskultur, die die Familie und die Bereitschaft Kinder groß zu ziehen und die damit verbundenen Herausforderungen als Wert anerkennt und ins Zentrum von Politik und Gesellschaft stellt.

Die deutschen Städte und Gemeinden stellen sich dieser wichtigen Aufgabe. Eine gut ausgebaute kommunale Infrastruktur in der Kinder- und Jugendhilfe sowie lokale Initiativen zur Förderung der Familien sind Grundlagen der notwendigen gesellschaftlichen Entwicklung zu mehr Familienfreundlichkeit. Aber nur gemeinsam mit allen gesellschaftlichen Akteuren, wie Bund, Länder, Kommunen, Eltern, Wirtschaft, Vereinen und Verbänden sowie Tarifvertragsparteien kann die neue Struktur und Finanzierung einer nachhaltigen Familienpolitik sichergestellt werden.

Berlin, im Mai 2005



Dr. Gerd Landsberg  
Geschäftsführendes Präsidialmitglied  
des Deutschen Städte- und Gemeindebundes



## GRUSSWORT

Positive Bedingungen für Familie sind nicht nur mit sozialem und emotionalem Zugewinn verbunden – sie lohnen sich auch volks- und betriebswirtschaftlich. Für Kommunen wird Familienfreundlichkeit immer mehr zum Standortfaktor. Dort setzen „Lokale Bündnisse für Familie“ an. Unser Leitsatz: „Es muss sich vor Ort etwas bemerkbar für die Familien und die Bündnisakteure verändern!“

Kommunen sind wichtige Partner in der Bündnisfamilie. Das Servicebüro „Lokale Bündnisse für Familie“ unterstützt das Engagement des DStGB für familienfreundliche Gemeinden und bietet allen Kommunen tatkräftige Unterstützung bei der Bildung von Bündnissen an!

Dr. Jan Schröder

Leiter des Servicebüros „Lokale Bündnisse für Familie“



Roland Schäfer, Bürgermeister der Stadt Bergkamen und Erster Vizepräsident des DStGB: „Kinderbetreuung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die von Bund, Ländern, Gemeinden, Wirtschaft, Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbänden gemeinsam getragen wird. Die Kommunen bekennen sich zu einer aktiven Familienpolitik und sagen ‚Ja zu Kindern‘. Familie und Kinder sind der Garant für das Leben in unseren Städten und Gemeinden. ‚Kinderlärm ist Zukunftsmusik!‘“



Foto: Stadt Bergkamen

## INHALT

### **Einführung**

*Uwe Lübking* 3

Gründe für Kindermangel 4

Staat setzt nur die Rahmenbedingungen 5

Finanzielle Förderung 6

Ausbau der Tagesbetreuung und  
des Bildungsstandorts 6

Familienfreundlichkeit als kommunales Leitbild 7

Beispiele für lokale Zusammenarbeit 8

### **Positionen zur Familienpolitik** 9

#### **Lokale Bündnisse für Familie:**

Der partnerschaftliche und wirkungsorientierte  
Weg zu mehr Familienfreundlichkeit in Deutsch-  
land 9

### **Praxisbeispiele**

Bergtheim  
Kommunaler Familientisch 11

Lichtenau  
Forum Familie Stadt Lichtenau 12

Wiesenburg/Mark  
Familien stärken, Zukunft gestalten 13

Kiel  
Gesamtkonzeption für eine kinder-  
und familienfreundliche Stadt 14

Stadt Paderborn  
Familienförderplan 15

Melsungen  
Haus für Kinder und Familien 16

Jena  
Familienservice für flexible Kinderbetreuung 17

ZDF  
Familienfreundliches Gesamtkonzept 18

Siemens AG Erlangen  
Projekt „Beruf und Familie“ 19

Familienservice GmbH  
Beratungs- und Vermittlungsdienst  
zur Kinderbetreuung 20

### VERFASSER:



Beigeordneter Uwe Lübking, DStGB  
Referatsleiterin Ursula Krickl, DStGB  
Marienstraße 6 · 12207 Berlin  
Telefon 030.773 07.0 · Telefax 030.773 07.200  
E-Mail [dstgb@dstgb.de](mailto:dstgb@dstgb.de)  
[www.dstgb.de](http://www.dstgb.de)



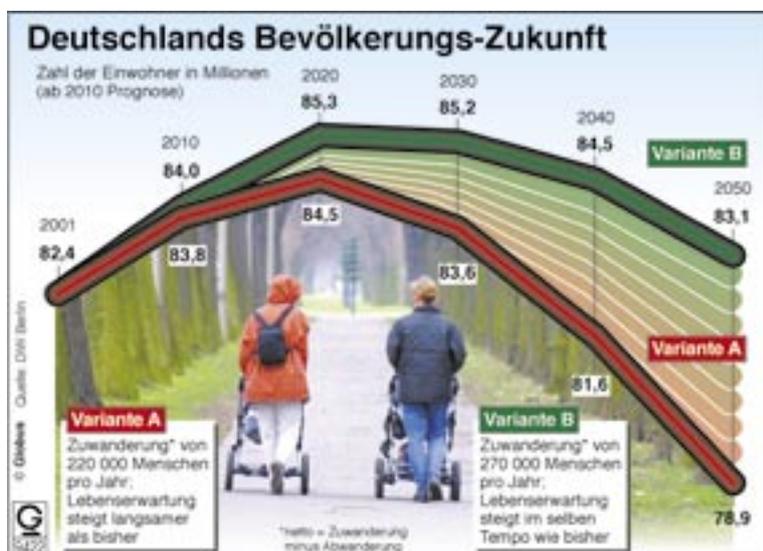
In Kooperation mit dem Servicebüro  
Lokale Bündnisse für Familie  
Charlottenstr. 65 · 10117 Berlin  
Telefon 0180.5252212 · Telefax 0180.5252213  
[www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de](http://www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de)



Beigeordneter  
Uwe Lübking

## Einführung

Deutschland muss, will man den fatalen Folgen der Bevölkerungsentwicklung entgegenwirken, Familien in das Zentrum der Politik stellen. Nicht der Rückgang der Bevölkerung in Deutschland ist das gravierende Problem, sondern die Überalterung und der fehlende Nachwuchs. 30 Prozent der Deutschen sind über 60 Jahre, Kinder und Jugendliche machen gerade mal 16 Prozent der Bevölkerung aus. Betroffen sind nicht nur die Umlage finanzierten Ren-



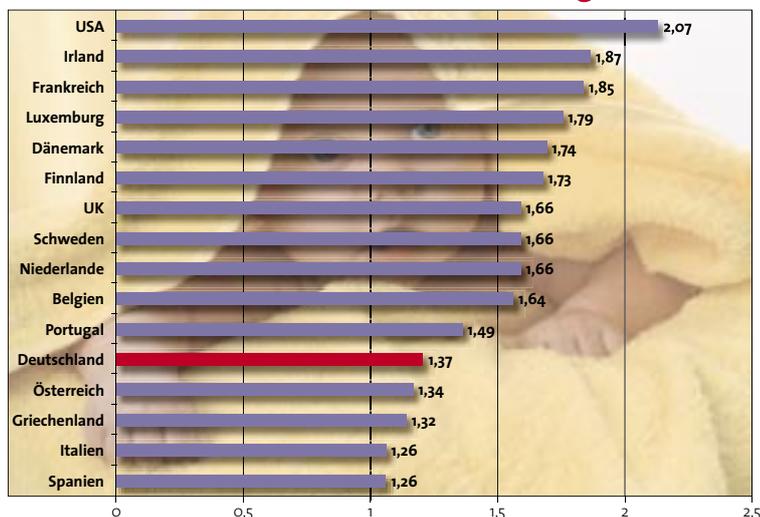
ten- und Gesundheitssysteme und die sich daraus ergebende mögliche Belastung kommender Generationen, sondern auch der Arbeitsmarkt. Wenn die besonders geburtsstarken Jahrgänge der Nachkriegsgeneration spätestens 2020 aus dem Erwerbsleben ausscheiden, wird es einen erheblichen Fachkräftemangel geben. Ohne gut ausgebildete Fachkräfte fehlt der deutschen Volkswirtschaft das Rückgrat. Schließlich hat die demographische Entwicklung auch erhebliche Auswirkungen auf die kommunale Infrastruktur.

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund hat im Jahr 2001 mit seiner Dokumentation „Mit Familien die Zukunft gewinnen“ auf die gravierenden Folgen der demographischen Entwicklung hingewiesen und eine aktive Familienpolitik eingefordert. Die Städte und Gemeinden haben dort bereits ihre Bereitschaft bekundet, ihren Beitrag zu einer familienfreundlichen Gesellschaft zu leisten.

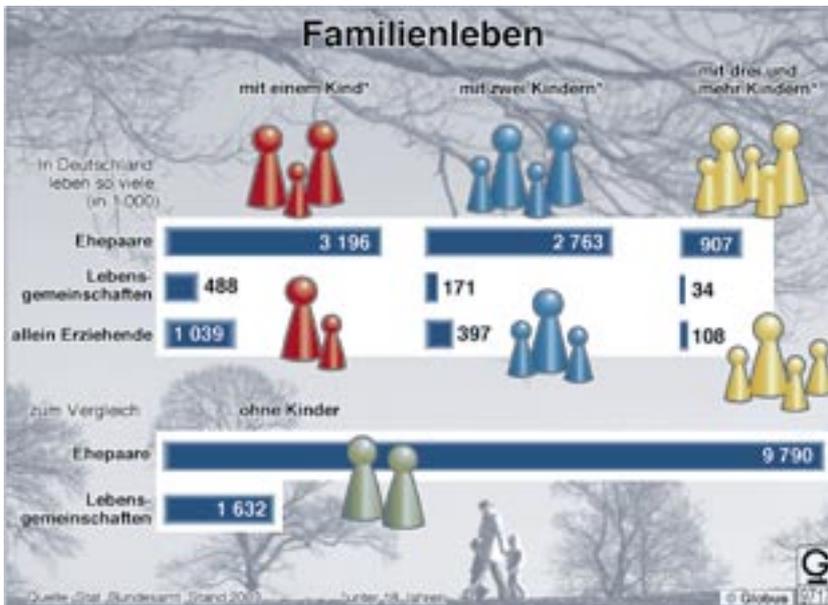
Der Anteil der Bevölkerung, der mit Kindern in einem Haushalt zusammen lebt, geht in Deutschland seit Jahrzehnten zurück. Die durchschnittliche Zahl von Lebendgeburten pro Frau, die so genannte Geburtenziffer, liegt mit rund 1,37 nicht nur weit unter dem Bestandserhaltungsniveau von 2,1, sondern auch deutlich unter dem Durchschnitt westlicher Industriestaaten. Weltweit nimmt Deutschland mit dieser Geburtenziffer einen der hinteren Plätze ein. Schweden und die Niederlande mit 1,66, Dänemark mit 1,74, Frankreich mit 1,85 oder Irland mit knapp 1,9 Kindern übersteigen die Geburtenraten Deutschlands bei weitem. In den USA liegt der Durchschnitt bei knapp 2,07 Kindern je Frau. Ursächlich für diese Entwicklung ist nicht nur der Rückgang kinderreicher Familien, sondern die steigende Zahl lebenslang kinderlos bleibender Frauen. Haben Frauen bereits ein Kind, entscheiden sich viele auch in Deutschland für ein zweites.

Die entscheidende Frage in Deutschland ist daher, ob Frauen überhaupt Mütter werden. Betrug der Anteil kinderlos gebliebener Frauen des Geburtsjahrgangs 1940 lediglich 10,6 Prozent, ist er für den Jahrgang 1964 auf 32,1 Prozent gestiegen, bei Akademikerinnen sogar auf knapp 45 Prozent. Als Folge geht der Anteil der Bevölkerung in Familienhaushalten mit Kindern in Deutschland seit Jahrzehnten zurück. 1972 waren es in den westdeutschen Bundesländern knapp 69 Prozent der Bevölkerung, die in Haushalten mit Kindern lebten. Bis 2000 ging dieser Anteil um mehr als 14 Prozentpunkte zurück. Auch die Veränderung des Familienbildes ist zu berücksichtigen. Der Anteil der mit verheirateten Eltern lebenden Kinder sinkt. Im Jahr 2003 lebten 69 Prozent aller Kinder unter 18 Jahren bei verheirateten Ehepaaren, 17,3 Prozent wuchsen bei ihrer allein stehenden Mutter, 3,7 Prozent bei allein stehenden Vätern auf. Das Alleinerziehen ist in den vergangenen Jahrzehnten zu einer verbreiteten Lebensform geworden. Der überwiegende Teil der Alleinerziehenden (63,1 Prozent) ist geschieden, etwa ein Viertel der Alleinerziehenden (23,1 Prozent) ist ledig.

## Geburtenraten im internationalen Vergleich 2003



Quelle: U.S. Census Bureau, 2004



## Gründe für den Kindermangel

Die Gründe für den Verzicht auf Kinder sind vielfältig. Nach einer Forsa-Umfrage für die Zeitschrift „Eltern“ gaben 44 Prozent der Befragten als Grund an, keinen geeigneten Partner zu haben, 39 Prozent Angst um einen Arbeitsplatz, 29 Prozent, weil Kinder viel Geld kosten, 23 Prozent, weil man nicht auf Einkommen verzichten kann oder will, 17 Prozent, weil man berufliche Nachteile befürchtet, 9 Prozent, weil Kinderbetreuungsmöglichkeiten fehlen. Gründe für den Verzicht der Eltern auf weitere Kinder sind laut dieser Umfrage bei 45 Prozent Angst um einen Arbeitsplatz, bei 37 Prozent, weil Kinder viel Geld kosten, bei 20 Prozent, weil Kinderbetreuungsmöglichkeiten fehlen und bei 12 Prozent, weil berufliche Nachteile in Kauf genommen werden müssten.

Nach einer Studie des Allensbach-Instituts zur Kinderlosigkeit im Jahr 2004 gibt es u. a. folgende Antworten, die aus Sicht der 18- bis 44-jährigen gewollt Kinderlosen gegen Kinder sprechen:

■ mangelhaftes Klima und Infrastruktur für Familien: Wohnungsgröße, kinderunfreundliche Strukturen in Kommunen und Unternehmen;

■ Angst vor finanziellen Verlusten: Paare überlegen sich, ob sie die finanziellen Einschränkungen in Kauf nehmen wollen, die durch zusätzliche Kosten für größeren Wohnraum, den vorübergehenden Verlust eines Gehaltes und sonstige kinderspezifische Kosten entstehen;

■ Konflikte mit persönlichen Interessen;

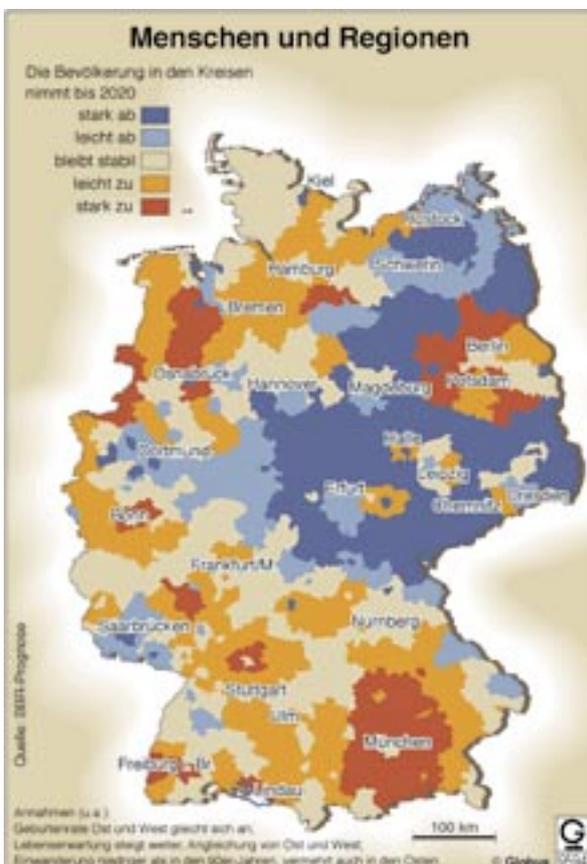
■ Vereinbarkeit von Beruf und Kindern/ Betreuungssituation;

■ Erziehungskompetenz: Erwachsene trauen sich nicht zu, ein Kind zu erziehen; sie befürchten, sie können die hohe Verantwortung nicht übernehmen;

■ Zukunftsängste.

Die Gründe für die sinkenden bzw. stagnierenden Geburtenzahlen sind also sehr komplex. Nicht der mangelnde Kinderwunsch an sich ist vorherrschend, sondern bestimmte strukturelle Bedingungen führen dazu, dass junge Menschen zunächst eine befristete Kinderlosigkeit wählen, die dann aber zu einer unfreiwillig lebenslangen werden kann. Die Gründe zeigen aber auch, dass nicht allein die in der aktuellen Diskussion immer wieder angeführte fehlende Kinderbetreuung das alles entscheidende Argument ist. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist für Frauen ein maßgebliches Kriterium bei der Entscheidung für Kinder bzw. Kinderlosigkeit, aber eben nur eines von vielen. In ländlich strukturierten Gebieten Niedersachsens sind die Geburtenzahlen bei vergleichsweise ungenügender Ausstattung mit Kindertagesplätzen höher als in Ostdeutschland, wo trotz einer ausreichenden Versorgung mit Kinderbetreuungsplätzen die Geburtenzahlen

Schließlich differieren die Geburtenziffern nicht nur zwischen den einzelnen Bundesländern, sondern auch zwischen den Städten und Gemeinden erheblich. 1999 schwankte die Geburtenrate zwischen 1,79 im Kreis Cloppenburg in Niedersachsen und 0,84 in Suhl (Thüringen). Zwar stieg in Ostdeutschland die Geburtenziffer wieder an, doch bleibt sie weiter hinter der westdeutschen Bundesländer zurück. Zusammen mit der gleichzeitig stattfindenden „Binnenwanderung“ in Deutschland führt dies dazu, dass die demographische Entwicklung in den Regionen sehr unterschiedlich verlaufen wird.



massiv zurückgegangen sind. Der vom Bundesfamilienministerium herausgegebene Familienatlas 2005 belegt, dass Familien sich durchaus in Regionen sehr wohl fühlen, die über eine nicht ausreichende Zahl von Kinderbetreuungsmöglichkeiten verfügen. Maßgebliche Gründe sind danach zum Beispiel primär die Arbeitsmarktsituation, der passable Wohnungsbau in den Städten sowie das Sicherheitsempfinden.

Dies zeigt, dass eine zukunftsorientierte Familienpolitik sich nicht nur auf ein Handlungsfeld konzentrieren darf, sondern alle staatlichen Ebenen gefordert sind, ihre Handlungsmöglichkeiten auszuschöpfen. So sind die Städte, Kreise und Gemeinden aufgerufen, familienfreundliche Strukturen und ein familienfreundliches Lebensumfeld zu schaffen, der Bundes- und die Ländergesetzgeber sind gefordert, ihre Gesetzgebung auf Familienfreundlichkeit auszurichten, zum Beispiel die finanzielle Grundlage für den Ausbau der Kinderbetreuung oder die Verbesserung des Bildungsangebotes zu schaffen. Entscheiden wird es sein, die Aktivitäten der unterschiedlichen Ebenen zu bündeln und eine nachhaltige Gesamtstrategie zu entwickeln.

Nicht nur der Staat ist gefordert. In eine Gesamtstrategie familienfreundlicher Maßnahmen sind zum Beispiel die Arbeitgeber einzubeziehen. Insbesondere flexible Arbeitszeiten, betriebliche Kinderbetreuung, berufliche Weiterbildung für Eltern, der berufliche Wiedereinstieg sowie Arbeitsplätze unter dem Dach der Familie sind zu fördern. Mit Blick auf die Wirtschafts- und Unternehmensverbände ist der dringende Appell zu richten, nicht nur ständig Forderungen an andere zu stellen, sondern im eigenen Bereich für familienfreundliche Strukturen zu werben. In der Praxis gibt es bereits zahlreiche Beispiele für familienfreundliche Unternehmen und Arbeitgeber.

## Staat setzt nur die Rahmenbedingungen

Familienfreundlichkeit setzt sich aus einer Kombination verschiedener Faktoren zusammen, die erst in ihrem Zusammenspiel darüber entscheiden, wie gut das Klima für Familien in Deutschland ist. Der Staat kann familienfreundliche Rahmenbedingungen schaffen, er kann aber nicht den Stellenwert von Familien und Kindern in unserer Gesellschaft beeinflussen. Hier ist die Gesellschaft, also jeder einzelne gefordert, über den Wert von Familien und Kindern nachzudenken. Notwendig ist die Anerkennung von Familien. Deutschland ist auch deshalb kein familienfreundliches Land, weil es an dieser Anerkennung fehlt. Kinderlärm wird nicht als Zukunftsmusik verstanden. Vielmehr gibt es zahlreiche Beispiele von Klagen gegen Kinderspielflächen oder Kindergärten, die teilweise sogar erfolgreich sind. Noch immer wird nicht überall begriffen, dass von diesem „Lärm“ der zukünftige Wohlstand unseres Landes abhängt. Hilary Clinton hat ein viel beachtetes Buch mit dem Titel „It takes a whole village to raise a child“ geschrieben. Sie gibt damit eine afrikanische Weisheit wieder, die lautet „es braucht ein ganzes Dorf um ein Kind zu erziehen“. Dabei müsste jedem klar sein, dass unsere Städte und Gemeinden Kinder

brauchen. Von daher sind Nachbarschaftshilfen, Selbsthilfegruppen und -initiativen zu unterstützen. Das staatliche Familienförderung seine Grenzen hat, wird im internationalen Vergleich dadurch verdeutlicht, dass zum Beispiel in Irland eine hohe Zahl von Kindern geboren wird, obwohl hier praktisch keine staatliche Förderung stattfindet und keine staatliche Vorsorge für die Betreuung von Kindern getroffen wird. Ähnliches gilt für die Vereinigten Staaten und die Schweiz.

Familienpolitik und -förderung darf sich nicht ausschließlich am traditionellen Familienbegriff orientieren. Die „Definition“ von Familie darf die Pluralität der Erscheinungsformen von Familie in der heutigen Zeit nicht ignorieren, sondern muss sie in ihrer Vielschichtigkeit anerkennen. Familie ist immer dort, wo Kinder sind. Die äußere Form von Familie ist nicht entscheidend für die familiäre Aufgabenerfüllung. Ob die Kinder mit Stiefgeschwistern, in so genannten Patchworkfamilien, bei allein erziehenden Müttern oder Vätern aufwachsen, sagt nichts über die Qualität der Erziehung aus.

In der aktuellen Diskussion über die Familienpolitik sollte man sich nicht nur auf so genannte „Problemfamilien“ konzentrieren, also diejenigen, die in der Erziehungskompetenz beeinträchtigt sind oder über nicht genügend Einkommen verfügen. Familienfreundlichkeit setzt voraus, dass sich alle Familien durch die Politik ernst genommen fühlen. Von daher sollte allen Familien Hilfe bei Erziehungsfragen angeboten werden, sei es in Hinsicht auf ein fundiertes Grundwissen bis hin zu konkreten Fragen, zum Beispiel der richtigen Ernährung und gesundheitlichen Vorsorge. Selbstverständlich sollten Familien in benachteiligten Lebenslagen zielgruppenspezifische Angebote gemacht werden. Hier können Schulen, Kindertagesstätten und Jugendzentren genutzt werden, die über ihre eigentliche Funktion zu Orten der Erwachsenenbildung, der Unterstützung, Einbeziehung und Schulung der Familien werden.

Gleichzeitig darf eine Familienpolitik des Staates nicht zu einer Bevormundung von Familien führen. Diskussionen über „Elternführerscheine“ oder die Verpflichtung zum Besuch von Erziehungsseminaren sind insofern wenig ziel führend, da durch derartige Diskussionen die Angst junger Menschen vor mangelnder Erziehungskompetenz befördert wird. Richtig ist, dass Eltern ein fundiertes Grundwissen in Erziehungsfragen benötigen. Eltern in ihrer Erziehungsfähigkeit zu stärken, ist unstrittig Aufgabe des Staates. Deshalb sollten Kindertageseinrichtungen aber auch Grundschulen stärker für diese Aufgabe genutzt werden. Auch sollten Jugendliche stärker an die Familienrolle herangeführt werden. Die Bildungsinstitutionen sollten junge Menschen nicht nur auf ihre Erwachsenenrolle vorbereiten, sondern auch auf die Erziehung und Betreuung von Kindern.

Zur Anerkennung gehört, die häusliche Kinderbetreuung nicht zu diffamieren. Genauso wenig wie Mütter Rabenmütter sind, die versuchen, Familie und Beruf in Einklang zu bringen und dafür die notwendige Kinderbetreuung suchen, muss akzeptiert werden, wenn Frauen und Männer sich bewusst dafür entscheiden, ihre Kinder zu Hause selbst zu betreuen. Männer und Frauen, die

versuchen Familie und Beruf unter einen Hut zu bekommen und deshalb auf eine Tagesbetreuung der Kinder angewiesen sind, müssen die gleiche Wertschätzung wie Hausfrauen und Hausmänner genießen.

Gerade bei der Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind auch die Wirtschaft und die Tarifvertragsparteien gefordert. In vielen Betrieben gehört die Rücksichtnahme auf die Belange von Familien leider noch nicht zur Unternehmensstrategie. Flexible Arbeitszeiten und Teilzeitmodelle, die Einführung eines Zeitkontos für Kinderbetreuung sowie die Unterstützung bei der Betreuung der Kinder, insbesondere bei außergewöhnlichen Arbeitszeiten oder „Notfällen“ gehört noch nicht zur Selbstverständlichkeit der Unternehmensphilosophie, auch wenn ein Paradigmenwechsel feststellbar ist. Die lokalen Bündnisse zeigen viel versprechende Beispiele.

## Finanzielle Förderung

Der Staat muss Familien finanziell entlasten. Es ist allerdings keine Aufgabe des Staates, für alle Kosten von Kindern aufzukommen. Gleichwohl sollten finanzielle Überlegungen Eltern nicht von der Realisierung des Kinderwunsches abhalten. Niemand wird bestreiten können, dass in Deutschland ausreichend finanzielle Mittel für Familien zur Verfügung gestellt werden. Nach Angaben des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel belaufen sich die Aufwendungen für Familien auf 165,7 Milliarden Euro, einschließlich der Hochschulausbildung sogar auf über 180 Milliarden Euro im Jahr. Die direkten Finanzhilfen sollen nach vorliegenden Studien ca. 107 Milliarden Euro betragen. Notwendig wäre es, die familienpolitischen Leistungen in einer Kinderkasse zu bündeln. Statt der Unübersichtlichkeit und Unwirtschaftlichkeit des jetzigen Systems der Familienförderung könnte dort ein transpa-

## Familienpolitische Maßnahmen in Deutschland (Mrd. Euro)

(Institut für Weltwirtschaft, Kieler Arbeitspapier 2001)

	2000	2001
Maßnahmen im Bereich der Steuergesetzgebung	59,4	60,7
Maßnahmen im Sozialversicherungssektor	10,6	10,9
Transfers des Bundes, der Länder und der Gemeinden mit familienpolitischem Bezug	29,9	30,9
Realtransfer der Gebietskörperschaften (z.B. Kindergärten, Schulen, Beratungsdienste)	62,2	63,2
	<b>162,1</b>	<b>165,7</b>
Ausgaben für Hochschulausbildung	12,7	12,9
Leistungen der Arbeitgeber	2,0	2,0
	<b>176,8</b>	<b>180,6</b>

renteres, effizienteres und effektiveres Verfahren der Aufbringung und Verteilung der Mittel installiert werden. Die materielle Unterstützung sollte zielgerichtet Familien in prekären finanziellen Verhältnissen zu gute kommen. Vorschläge eines „Kinderbasisgeldes“ für alle Familien und aufstockende Leistungen – ein so genannter „Kindergeldzuschlag“ nach konkreter Einkommenslage – sind eine geeignete Diskussionsgrundlage.

Unter Geltung des Bundessozialhilfegesetzes betrug im Jahr 2000 die Armutsquote der Alleinerziehenden mit 30,6 Prozent mehr als das Dreifache des Bundesdurchschnittes. Alleinerziehende hatten einen hohen Anteil unter den Sozialhilfeempfängern, während Ehepaare mit einem und zwei Kindern unterdurchschnittlich häufig auf Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen waren. Ähnliches wird man nunmehr im Arbeitslosengeld II feststellen. Dem muss mit gezielten Hilfen für Alleinerziehende bei der Integration in Arbeit entgegen gewirkt werden. Alleinerziehende gehören ebenso wie die unter 25-Jährigen zu den besonderen Zielgruppen bei der Integration in den Arbeitsmarkt. Diesen Personenkreis von vornherein auf Grund der Kinderbetreuung als nicht arbeitsmarktnah einzustufen, ist verheerend. Vielmehr sollte es selbstverständlich sein, dass

Alleinerziehenden Unterstützung bei der Kinderbetreuung gewährt wird, damit gerade sie einen Beruf ergreifen und auf eigenen Beinen stehen können.

## Ausbau der Tagesbetreuung und des Bildungsstandorts

Unstreitig muss in Deutschland die Quantität und Qualität von Betreuungsplätzen für Kinder verbessert werden. Veränderte Familienstrukturen und gesellschaftliche Entwicklungen lassen den Bedarf an Betreuungsangeboten steigen. Kindertageseinrichtungen gewinnen nicht nur als soziale Erfahrungsräume für Kinder zunehmend an Bedeutung, sie werden auch zunehmend Orte, an denen Eltern und Kinder andere kennen lernen,



sich mit ihnen austauschen und soziale Netze knüpfen. Gerade bei Kindern mit Migrationshintergrund wird die Bildungsfunktion des Elementarbereichs immer wichtiger. Die Tageseinrichtungen haben Teil an der sozialräumlichen Gestaltung positiver Lebensbedingungen für Kinder und Familien. Damit steigen die Erwartungen an die Qualität der Kindertagesbetreuung. Volkswirtschaftliche Gründe sprechen für einen qualitativen und quantitativen Ausbau: Kindertagesstätten beeinflussen die Sozialisation und Ausbildung von Kindern, prägen das so genannte Humankapital, sie steigern die Lebensqualität für Einwohner und die Standortqualität für Unternehmen, sie sind ein „weicher“ Standortfaktor. Von daher erkennen die Städte und Gemeinden die Notwendigkeit des quantitativen aber auch des qualitativen Ausbaus der Tageseinrichtungen für Kinder an.

Der notwendige Ausbau setzt voraus, dass die Kommunen hierzu die notwendigen Finanzmittel erhalten. Rein fiskalisch betrachtet rechnen sich die Ausgaben für die Gemeinden nach einem Bericht des DIW derzeit nicht (Wochenbericht DIW Nr. 3/2005 vom 19. Januar 2005). Die Kosten für die Tageseinrichtungen sind nämlich nahezu in voller Höhe von den Kommunen zu tragen, während die indizierten Steuermehreinnahmen nur zu einem kleinen Teil bei den Kommunen verbleiben, statt dessen den „Steuer-säckel“ von Bund und Ländern füllen. Die 1,5 Milliarden Euro Entlastungen aus der Hartz IV-Gesetzgebung stehen nur auf dem Papier, kommen nicht in den Kommunen an, die sie benötigen, zumal die Belastungen auf nicht ganz klaren Berechnungen der tatsächlich notwendigen Kosten für den Ausbau durch das Bundesfamilienministerium beruhen. Der notwendige Ausbau der Plätze für unter Dreijährige wird ca. 2,5 bis 3 Milliarden Euro kosten. Will man den Ausbau für alle Altersstufen einschließlich der notwendigen qualitativen Verbesserungen, dürften zusätzliche Betriebskosten von bis zu 9 Milliarden Euro anfallen.

Aber nicht nur die Strukturen für den Elementarbereich sind zu verbessern, sondern auch für den Bildungsstandort Deutschland. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die Erziehungskraft von Familien tatsächlich nachlässt und Familien nicht mehr der Bildungsort der Kinder sind. Die Bildungspolitik muss sich auf die gesellschaftlichen Veränderungen und ihre sozialen Folgen einstellen. Bildung ist eine zentrale Zukunftsaufgabe, da bei relativer Zunahme der Zahl der Kinder aus bildungsfernen Schichten und mit Migrationshintergrund, Bildung in immer stärkerem Maße kompensatorische Wirkungen haben muss und unter den Bedingungen der sinkenden Bevölkerungszahl auf niemandem mit ausreichender Bildung verzichtet werden kann. Notwendig ist eine Bildungsoffensive, die allen Kindern gleiche Bildungschancen eröffnet. Das Angebot an Ganztagschulen muss erhöht werden. Jugendhilfepolitik, Schulpolitik und kommunale Familienpolitik sind nicht länger gegensätzlich oder getrennt zu sehen, sondern müssen ineinander greifen. Die Verbesserung der Zukunftschancen von Kindern ist nicht allein eine private Aufgabe der Eltern, sondern Teil der öffentlichen Verantwortung. Die Kommunen können im Rahmen ihrer Möglichkeit einen wichtigen Beitrag leisten, zum Beispiel eine gemeinsame Jugendhilfe- und Schulplanung, die Einrich-

tung von Kooperations- und Beratungsstellen oder die Zusammenarbeit von Jugend- und Schulamt sowie anderen Ämtern, die mit Belangen von Kindern und Jugendlichen beschäftigt sind.

Insbesondere für eine Verbesserung des Bildungsstandortes müssen die notwendigen Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden.

## **Familienfreundlichkeit als kommunales Leitbild**

Eine besondere Rolle bei der Schaffung einer familienfreundlichen Gesellschaft kommt den Städten und Gemeinden zu. Die Situation in den Kommunen entscheidet über die konkrete Lebenslage der Familie. Kommunale Familienpolitik muss an den Lebensbedingungen der Familien im täglichen Lebensumfeld ansetzen. Die Städte und Gemeinden müssen eine kinder- und familienfreundliche Infrastrukturpolitik betreiben. Lokale Familienpolitik gehört in die Leitbildentwicklung jeder Kommune. Die Städte und Gemeinden bekennen sich zu dieser Aufgabe. Sie haben erkannt, dass eine auf die Interessen der Familien ausgerichtete Kommunalpolitik ein wichtiger Standortfaktor ist und zukünftig noch stärker sein wird. Bereits heute zeigen sich erhebliche Wanderungsbewegungen innerhalb Deutschlands. Diese werden beeinflusst von Arbeitsplätzen, aber auch von der konkreten Situation, die Familien in Städten und Gemeinden vorfinden. Der vom Bundesfamilienministerium veröffentlichte Familienatlas verdeutlicht den Zusammenhang von Familienfreundlichkeit und kommunalem Handeln.

Die kommunalen Möglichkeiten sind vielschichtig. Sie reichen von der Gestaltung des Wohnumfeldes (zum Beispiel Förderung familiengerechter Wohnungen beziehungsweise für Mehrgenerationenhaushalte, familiengerechte Bauleitplanung), Förderung des Genossenschaftsdankens (Nachbarschaftshilfe), familiengerechter Gebühren, der Stadt- und Gemeindeplanung (zum Beispiel Freiräume für Kinder, kindgerechte Umgestaltung von Flächen, Durchmischung der Wohngebiete), Planung offener Treffpunkte (Mütterzentren, Jugendheime, Dorfgemeinschaftshäuser, Mehrgenerationenhäuser), familienbezogene Infrastruktur, der Verkehrsplanung, der Kinderbetreuung, der Gestaltung von Freizeit- Sport- und Kulturangeboten, dem Ausbau des Dialogs der Generationen bis zur Familienbildung und Familienberatung.

In einzelnen Städten findet man im Internet einen virtuellen Marktplatz für Familien. Dort können zum Beispiel mit Hilfe einer Suchmaske individuelle Betreuungs- und Freizeitangebote für Kinder (zum Beispiel Kindertageseinrichtungen, Schulen, Ferienbetreuungsangebote, Musikschulen, Sportvereine, kulturelle Angebote), kommunale Dienstleistungsangebote, die Familien bei der Pflege ihrer Angehörigen unterstützen sowie haushaltsnahe Dienstleistungen (zum Beispiel Einkaufsservice) abgefragt werden

Die Kommunen müssen dabei nicht alle Maßnahmen selbst übernehmen, sondern sie können familienorientierte Netzwerke unterstützen und moderieren. Auch vor Ort sind alle gesellschaftlichen Kräfte zu mobilisieren und

in gemeinsame Aktionen einzubinden. Dazu gehören die Kommunalpolitik, die Bürgerschaft, Verbände sowie die lokale Wirtschaft und die Gewerkschaften. Solche gemeinsamen Aktionen und Netzwerke setzen allerdings neue Formen der Partizipation voraus. Beispiele sind sog. Familientische mit Vertretern aus Verwaltung, Wirtschaft, Verbänden, Gewerkschaften, Kirchen, Schulen, Jugendgruppen usw. Weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Familienorientierung können Familien- oder Kinderfreundlichkeitsprüfungen bei kommunalen Planungen und Entscheidungen sein.

Aber auch hier gilt der Grundsatz, dass ohne ausreichende finanzielle Ausstattung die Kommunen nicht in der Lage sein werden, familienfreundlichere Rahmenbedingungen zu schaffen. Wenn der Staat, Bund und Länder den Kommunen immer mehr Geld durch die Gesetzgebung entziehen, dann kann das Ziel, familienfreundlichere Städte und Gemeinden zu schaffen, schwer verwirklicht werden. Das Argument leerer Kassen greift bei Bund und Ländern weniger als im kommunalen Bereich. Wenn es möglich ist, Unternehmen Steuererleichterungen zu versprechen, müsste es auch möglich sein, Finanzmittel für diese wichtige Zukunftsaufgabe zur Verfügung zu stellen.

## Beispiele für lokale Zusammenarbeit

Kommunen sollten sich nicht scheuen, zusammen mit weiteren Partnern, zum Beispiel der lokalen Wirtschaft, für ein familienfreundliches Klima zu sorgen. So können die Städte und Gemeinden zum einen durch eine familienorientierte Politik die Rahmenbedingungen für die Ansiedlung von gerade kleineren und mittelständischen Unternehmen setzen, zum anderen diese Unternehmen bei der Bewältigung des anstehenden demografischen Wandels durch familienfreundliche Arbeitsmodelle beraten sowie gemeinsam mit Unternehmen die Balance von Familie und Beruf verbessern. Folgende Beispiele mögen das Spektrum verdeutlichen:

Das „Lokale Bündnis für Familie“ auf Rügen hat sich die Vermeidung von Abwanderung durch Verbesserung der Balance von Familie und Beruf für die Beschäftigten und durch Stärkung des Tourismus als Standortfaktor zum Ziel gesetzt. Geplante Maßnahmen sind die Verbindung von familienfreundlichen Angeboten, insbesondere in der Kinderbetreuung für Einheimische und Feriengäste, sowie die Beratung von Unternehmen über familienfreundliche Maßnahmen.

Das Jenaer Zentrum für Familie und Alleinerziehende e. V. hat das Bündnis „Familienservice für flexible Kinderbetreuung“ ins Leben gerufen. Ziele sind die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch bedarfsgerechte flexible Betreuungsmöglichkeiten, der Aufbau eines Netzes für Notfallbetreuung sowie der Ausbau des Familienzentrums zum Knotenpunkt für familienfreundliche Aktivitäten. Beim Aufbau des Bündnisses hat die JenOptik AG ihr Know-how beim Projekt- und Kostenmanagement zur Verfügung gestellt. Dafür können die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der JenOptik AG bevorzugt auf die Angebote des Familienzentrums zugreifen. Es gibt

Angebote für Betreuung außerhalb der Kita-Öffnungszeiten, eine Babysittervermittlung und stundenweise Kinderbetreuung, einen Leihomaservice, bei dem der Kontakt und die gegenseitige Hilfe zwischen den Generationen im Mittelpunkt stehen, sowie ein Netzwerk für Alltagsnöte, an das sich Kinder und Eltern wenden können.

In Leer gehört zu den gemeinsamen Aktivitäten die Weiterbildung und Beratung von Frauen in Elternteilzeit, die Vermittlung arbeitsuchender Frauen durch Personalangebote, die auf den spezifischen Bedarf der in dem überbetrieblichen Verbund vertretenen Firmen zugeschnitten sind: Schwangerschafts- und Urlaubsvertretungen, aber auch langfristige Einstellungen, die Vermittlung von Kinderbetreuungsplätzen, Tagesmüttern für Notfallsituationen und schulische Integrationshelferinnen und -helfer.

In den Landkreisen Nordfriesland und Dithmarschen gibt es das Projekt „Chefsache Familie“. Ziele dieses Projektes sind die Verbesserung der Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familie, die Stärkung des Wirtschaftsstandortes, Unterstützung insbesondere kleinerer und mittlerer Unternehmen bei der Bewältigung des anstehenden demografischen Wandels durch familienfreundliche Arbeitsmodelle, dauerhafte Mitarbeiterbindung und Perspektiven zum Arbeiten und Leben für Familien in der Region. Geplante Maßnahmen sind hier die kostenlose, individuelle Beratung für kleine und mittlere Unternehmen, ein Informationsnetzwerk und eine Datenbank mit Beispielen guter Praxis sowie die Begleitung von Unternehmen bei der Vorbereitung auf das Audit Beruf und Familie.

Ein weiteres Beispiel ist das regionale Netzwerk für Kinderbetreuung Taunus, an der sich vier Kommunen aber auch eine ortsansässige Firma beteiligten. Maßnahmen dieses Netzwerkes sind eine internetgestützte Betreuungsbörse, die Eltern und Tagespflegepersonen die Möglichkeit gibt, sich über das Angebot in der Region zu informieren, das eigene Betreuungsangebot ins Netz zu stellen und eine geeignete Betreuung für das Kind zu finden, Informationen über Tätigkeit und Tagesablauf von Tagesmüttern, Qualifizierung, Weiterbildung und Zertifizierung von Tageseltern, Zusammenarbeit mit Unternehmen (vorzeitige Information über neue Betreuungsangebote und Beratung von Beschäftigten gegen finanziellen Beitrag des Arbeitgebers) sowie die Bereitstellung von Notfalltagemüttern gegen finanziellen Beitrag.

Ein umfangreiches Beispiel einer Familienpolitik vor Ort mit einer großen Zahl von Partnern gibt es in Nürnberg. Beispiele der dortigen Maßnahmen sind zum einen die Familienkarte Nürnberg (Vergünstigungen für Familien beim Einkaufen in Partnergeschäften, bei kulturellen Angeboten und öffentlichen Einrichtungen), Familienpatenschaften (Unterstützung von vorwiegend Alleinerziehenden bei der Alltags- und Haushaltsorganisation durch Ehrenamtliche), Kindertagesstätte als Ort für Familie (Öffnung von Kindertagesstätten für Familien aus dem Stadtteil und Einbeziehung der Nachbarschaft), Internetangebote der IHK und der Agentur für Arbeit zur familienbewussten Personalpolitik, Kampagne Erziehung (Information zu Erziehungsfragen, Handlungswissen zur Konflikt- und Problemlösung) sowie die Öffentlichkeitsarbeit des Bündnisses.

## Positionen zur Familienpolitik

1. Kinderbetreuung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die von Bund, Ländern, Gemeinden, Wirtschaft, Gewerkschaften, Kirchen und Wohlfahrtsverbänden gemeinsam getragen werden muss. Eine familienfreundliche Arbeitswelt ist für den Wirtschaftsstandort Deutschland von besonderer Bedeutung. Hier sind insbesondere die Unternehmen gefordert, so zum Beispiel durch Einrichtung von Betriebskindergärten oder durch die Beteiligung an solchen Einrichtungen.
2. Wir müssen in Deutschland eine Anerkennungskultur schaffen, die die Familie und die Bereitschaft, Kinder groß zu ziehen und die damit verbundenen Herausforderungen als Wert anerkennt. Dazu gehört die gezielte Förderung der Vereinbarkeit von Kindererziehung und Beruf, Karrierechancen für Mütter mit Halbtagsstellen, Arbeitszeitmodelle, Fortbildungsmaßnahmen für den Wiedereinstieg von Müttern etc.
3. Nachhaltige Familienpolitik setzt starke Kommunen voraus, die ein lebenswertes und familienfreundliches Umfeld schaffen. Dies ist bei der derzeitigen dramatischen Finanzlage der deutschen Städte und Gemeinden aber kaum zu realisieren. Die Städte und Gemeinden sind mit über 80 Milliarden Euro verschuldet, das Jahr 2004 hat ihnen ein Defizit von fast 4 Milliarden Euro beschert und viele Kommunen müssen selbst Personalkosten über kurzfristige Kassenkredite finanzieren. Zusätzlich explodieren die Sozialausgaben, so sind die Kosten für die Eingliederungshilfen in den letzten Jahren um das Doppelte auf nunmehr 11 Milliarden Euro pro Jahr gestiegen.
4. Eine nachhaltige Familienpolitik und die Verbesserung des Bildungsstandortes Deutschland werden nur gelingen, wenn die Politik dafür sorgt, dass die Kommunen in der Lage sind, diese Aufgabe anzugehen. Vor diesem Hintergrund ist der Ruf nach immer weiteren Steuersenkungen der falsche Weg. Weniger Steuern bedeuten zwangsläufig auch weniger staatliche Leistungen für die Bürger. Eine bessere Betreuung der Kinder und ein familienfreundliches Umfeld in den Städten und Gemeinden sind nicht zum Nulltarif zu haben.
5. Die Kommunen sollten weiterhin verstärkt die lokale Familienpolitik als Leitbild gemeinsam mit den Bürgern entwickeln. Die mit großem Erfolg durchgeführten Beteiligungen der Kommunen an der Bundesinitiative „Lokale Bündnisse für Familie“ sollten weiter ausgebaut und fortgesetzt werden.
6. Die Mittel zur Förderung von Kindern und Familien müssen gezielter eingesetzt werden. Nach Angaben des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel werden vom Kindergeld bis zur Hochschulausbildung immerhin 180 Milliarden Euro jährlich investiert. In Zukunft sollten Investitionen in die familienfreundliche Infrastruktur Vorrang vor Kindergelderhöhungen haben. Es ist auch überlegenswert, die Leistungen für Familien in einer Familienkasse zusammenzufassen. Dies gäbe die Chance, die Mittel zielgenauer zum Beispiel für Kindergartenplätze oder für die Unterstützung besonders bedürftiger Familien einzusetzen.
7. Erfolgreiche Familienpolitik setzt voraus, dass der Staat bei neuen Gesetzen genau überlegt, wie sie sich auf Familien auswirken (Familienverträglichkeitsprüfung). Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass den vielfältigen Elternrechten auch Elternpflichten gegenübergestellt werden. Dies gilt zum Beispiel für die Schulverwaltungsgesetze und die Mitwirkung der Eltern bei der schulischen Erziehung.

## Lokale Bündnisse für Familie:

### Der partnerschaftliche und wirkungsorientierte Weg zu mehr Familienfreundlichkeit in Deutschland

Familienfreundlichkeit liegt nicht allein in der Zuständigkeit des Bundes, der Kommunen oder der Wirtschaft, sondern verlangt gemeinsame Verantwortung und gemeinsame Lösungen. Die unterschiedlichsten Akteure aus ganz Deutschland machen sich deshalb seit rund eineinhalb Jahren gemeinsam auf den Weg und gestalten ihre unmittelbare Umgebung: praxisorientiert, kostengünstig und damit zukunftsweisend.

Die unmittelbaren Lebens- und Arbeitsbedingungen der Familien werden im lokalen und regionalen Umfeld bestimmt. Familienfreundlichkeit wird damit zum harten Wirtschafts- und maßgeblichen Standortfaktor. Hier setzen die „Lokalen Bündnisse für Familie“ an und entwickeln auf kommunaler oder Landkreis-Ebene individuelle Handlungsfelder. Die Partner: Vertreterinnen und Vertreter aller gesellschaftlich relevanten Gruppen, allen voran: Kommunen, Familien und über 1.000 Wirtschaftsunternehmen!

Unterstützt werden sie dabei vom „Servicebüro Lokale Bündnisse für Familie“, das Kontakte herstellt, Allianzen schmiedet und einer guten Idee eine breite Öffentlichkeit verschafft.

#### Das Ergebnis:

Lokale Bündnisse aus ganz Deutschland haben pfiffige Lösungen entwickelt, um

- das Betreuungsangebot für Unter-Dreijährige vor Ort auszubauen,
- durch flexible Betreuungszeiten die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu erleichtern,
- die Attraktivität von Kommunen für junge Familien zu erhöhen oder
- Eltern in ihrer Erziehungsarbeit praktisch zu unterstützen.

#### Wie geht das?

Gemeinsames Handeln eröffnet neue Chancen. Wenn unterschiedliche Partner und Partnerinnen in einem Lokalen Bündnis für Familie zusammenarbeiten, entstehen neue, oft unkonventionelle

Ideen und Lösungsansätze: durch den Wechsel in der Perspektive, durch frei werdende Ressourcen, durch neue Kooperationen. Lösungen tun sich auf, wo Fantasie und Möglichkeiten Einzelner nicht ausgereicht hätten. 1+1=4 – so die Formel der Bündnisidee.

Ein Lokales Bündnis kann sich in allen Bereichen engagieren, in denen die Rahmenbedingungen für Familien verbessert werden müssen: bei der Kinderbetreuung oder der Vereinbarkeit von Familie und Beruf; bei der Unterstützung von Familien in Notsituationen oder der Umgestaltung des Wohnumfeldes.

#### Kommunen sind starke Partner in der Bündnisfamilie

- durch die intensiven Kontakte zu lokalen Organisationen und Institutionen
  - durch ihr gutes Know-how in Sachen Betreuung, Bildung und Erziehung
  - durch ihre personellen Ressourcen
- Sie spielen in vielen Lokalen Bündnissen eine wichtige Rolle – aber sie stehen nicht allein da.

#### Wer ist dabei?

Bundesweit engagieren sich alle gesellschaftlichen Gruppen in den Lokalen Bündnissen für Familie. Über 1.000 Unternehmen spielen eine aktive oder unterstützende Rolle, aber auch Kammern, Gewerkschaften, Kindergärten, Kirchengemeinden, Behörden, Vereine, Initiativen oder Gemeinderäte beteiligen sich aktiv. Alle, die sich für das Thema Familie interessieren, können ein „Lokales Bündnis für Familien“ gründen. Oftmals gibt es schon Aktive in einer Kommune, die sich für die Verbesserung der Familienfreundlichkeit einsetzen: Diese Gruppen schließen sich häufig der Initiative an und profitieren von der Unterstützung der Bündnisfamilie und des Servicebüros.

#### Welche Vorteile hat das?

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat in Bonn und Berlin Servicebüros mit einem umfangreichen Leistungsangebot eingerichtet. Alle Interessierten finden hier außer konkreter Unterstützung für

ihre eigene Arbeit auch Hilfestellungen für die Vernetzung untereinander. Zu den Serviceleistungen gehören u.a.

- eine kompetente Erstberatung über Unterstützungs- und Gestaltungsmöglichkeiten;
- die individuelle Beratung (telefonisch und vor Ort) der Bündnisse über Zielfindung, Standortbestimmung oder Arbeitsplanung;
- die Organisation und Moderation von Fachtagungen und die Vermittlung von Expertinnen und Experten zu familienpolitischen Fragen;
- die Planung und Durchführung von Vernetzungsveranstaltungen: regional, landesweit, bundesweit;
- die bundesweite Unterstützung der Bündniskommunikation durch kontinuierliche Presse- und Medienarbeit und die Pflege des Internetportals.

#### Kommunen profitieren von Lokalen Bündnissen

Lokale Bündnisse helfen kommunalen Einrichtungen, auch in Zeiten knapper Kasse neue Ideen umzusetzen. In Zusammenarbeit mit den richtigen Partnern aus Wirtschaft, Verbänden und privaten Initiativen entsteht so manches, was einer Kommune allein nicht gelungen wäre.

Praktische Familienfreundlichkeit ist damit keine Utopie mehr: Rund 140 Lokale Bündnisse in Deutschland (Stand: April 2005) beweisen tagtäglich, dass starke Partnerschaften mit unterschiedlichen Akteuren der richtige Ansatz sind, um „Unmögliches“ möglich zu machen.

### So erreichen Sie das Servicebüro:

Servicebüro Lokale Bündnisse für Familie  
c/o JSB GmbH

Berlin: Charlottenstraße 65, 10117 Berlin

Bonn: Am Neutor 5, 53113 Bonn

Hotline: 0180 / 52 52 212

Fax 0180 / 52 52 213

E-Mail: [info@lokale-buendnisse-fuer-familie.de](mailto:info@lokale-buendnisse-fuer-familie.de)

Internet: [www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de](http://www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de)

Mit Buchstabentafeln bildeten Kinder bei der offiziellen Bündnisgründung in der baden-württembergischen Stadt Pforzheim den Schriftzug „Pforzheimer Bündnis für Familie“



Foto: Servicebüro „Lokale Bündnisse für Familie“

# Praxisbeispiele

## Bergtheim – Kommunaler Familientisch

**Stadt** Bergtheim  
**Bundesland** Bayern  
**Einwohnerzahl** ca. 3.700

**Kurzbeschreibung** In der Gemeinde Bergtheim versammeln sich Vertreterinnen und Vertreter der örtlichen Vereine, des Gemeinderates, des Gewerbeverbandes der Gemeinde und der Senioren- und Elternbeiräte regelmäßig an einem Familientisch. Praxisorientierte Familienfreundlichkeit ist das Ziel. So wird ein Bach, der seinen natürlichen Wasserlauf zurückbekommt, an einer Stelle zum Wasserspielplatz. Dem Schutz von Kindern vor Unfällen dienen Hinweisschilder und Straßenmarkierungen, die der Arbeitskreis „Sichere Schul- und Kindergartenwege“ in der Gemeinde angebracht hat. Bei der Einrichtung des dritten offenen Jugendtreffs zeigt sich die gemeinsame Initiative und Verantwortung, die den Familientisch ausmacht: Die Kirchengemeinde hat die Räume zur Verfügung gestellt; die Gemeinde und Vereine steuern finanzielle Mittel bei.

Durch den kommunalen Familientisch wurden bereits Maßnahmen zur besseren Verkehrssicherheit für Kinder angeregt und umgesetzt. Zusätzlich konnten ein Grillplatz und ein Jugendtreff eröffnet werden. Um sich und ihre Angebote bekannt zu machen, stellen sich Initiativen und Vereine mit familienrelevanten Inhalten in der Dorfzeitung vor. Dadurch wird regelmäßig auf die kommunale Bedeutung von Familien für die Gemeinde, aber auch auf die besonderen Bedürfnisse von Kindern und ihren Eltern hingewiesen. In Zukunft soll eine Radwanderkarte für Familien entwickelt werden. Der kommunale Familientisch Bergtheim trifft sich regelmäßig und nach Bedarf alle ein, zwei Monate. Um die Kontinuität des Familientisches zu sichern, ist geplant, einen ehrenamtlichen Familienbeirat mit Bratungsfunktion zu gründen.

**Handlungsfelder**

- Familienfreundliches Wohnumfeld/ Verkehr
- Familiengerechtes Freizeit-/ Kulturangebot
- Beratung und Information für Familien

**Beteiligte Akteure**

- Örtliche Vereine
- Gemeinderat
- Gewerbeverband Bergtheim
- Seniorenrat
- Elternbeirat der Schulen
- Kindergartenbeirat
- Die Feuerwehren der drei Ortsteile
- Engagierte Bürgerinnen und Bürger

**Ansprechpartner** Gemeinde Bergtheim  
Bürgermeister Heinz Wittstadt  
Am Markplatz 8  
97241 Bergtheim  
Telefon 09367/900710  
E-Mail: Poststelle@vgm-bergtheim.bayern.de

**Finanzierungsmodell** Projektbezogene Finanzierung:  
Die Arbeitskreise stellen Kostenpläne auf und legen sie der Gemeinde zur Beschlussfassung vor.

**Sonstiges:** Die Arbeitskreise bringen ihre Eigenleistung ein und bemühen sich um Sponsoring beim örtlichen Gewerbeverein und den Banken.

## Lichtenau – Forum Familie Stadt Lichtenau

<b>Stadt</b>	Lichtenau
<b>Bundesland</b>	Nordrhein-Westfalen
<b>Einwohnerzahl</b>	ca. 11 000

**Kurzbeschreibung** Mit einfachen Mitteln viel erreichen: Das ist das erfolgreiche Konzept des Lokalen Bündnisses für Familie in Lichtenau (NRW). Die Stadt Lichtenau verfügt nicht etwa über ungewöhnlich große Finanzmittel. Trotzdem leistet die Stadt Außergewöhnliches in Sachen Familien-, Kinder-, und Jugendarbeit. Ein Grund dafür: In Lichtenau wird bürgerschaftliches Engagement groß geschrieben. „Denn alle“, so Bürgermeister Manfred Müller, „haben erkannt, dass sie nur zusammen etwas bewegen können – insbesondere in Zeiten knapper Kassen“. Und das heißt in der Praxis: Die Bürgerinnen und Bürger identifizieren sich gerade deswegen mit ihrer Gemeinde, weil sie an allen wichtigen Projekten beteiligt sind und tatkräftig selbst Hand anlegen.

Im Forum Familie Stadt Lichtenau haben sich am 3. Mai 2004 die Stadt, Familienverbände, Krabbelgruppen, alle Kirchengemeinden und andere Partner zusammengeschlossen. Sie wollen die Erziehungskompetenz der Eltern stärken, die Angebote der Kindergärten verbessern, den Schulweg sicherer machen und vieles mehr.

Kinder und Eltern können sich auf ihre Stadt verlassen. In Lichtenau gibt es für Eltern mit Kindern bis zu 2 Jahren die so genannte „Windeltonne“: eine größere Mülltonne ohne zusätzliche Gebühren, die jungen Eltern hilft, Entsorgungskosten zu sparen. Die acht Kindergärten der Kommune orientieren sich an einem Leitbild und arbeiten eng zusammen. Betreuung, Erziehung und Elternberatung gehen Hand in Hand.

Besonders wertvoll für Familien: Zwei Freibäder wurden zu Freizeitstätten umgebaut. Zehn ehrenamtlich getragene Jugendfreizeitstätten tragen zum Freizeitangebot bei. Die Stadt steuerte für eine Jugendfreizeitstätte – eine alte Dorfschule – neue Fenster und eine neue Heizung bei. Alles andere bauten die Bürgerinnen und Bürger in Eigenarbeit: So wirkungsvoll kann Bündnisarbeit sein.

### Handlungsfelder

#### Kindergärten

- Teilweise Einbeziehung 2-jähriger Kinder
- Besondere Sprachförderung der Kinder
- Förderung zum Übergang zur Grundschule
- Kooperationen zwischen Kindergärten und Schulen
- Intensive Elternarbeit
- Kindergarten-Leitbild
- Betreuung und Beratung für die Familien
- Wirkungskontrolle
- Nächster Schritt: Bildungspläne
- Betreuungswegweiser für Familien
- Babysittervermittlung

#### Veranstaltungen

Informationsreihe zur Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern zu den Themen:

- Die ersten Lebensjahre
- Tyrannen in Turnschuhen – Grenzen in der Erziehung
- Mein Kind wird flügge
- Familienforen

#### Schulwegsicherung

- Renaissance der Zebrastreifen
- Schulwegpläne
- Verkehrsberuhigung in Henglarn, Atteln, Huen, Iggenhausen, Ebbinghausen
- Kreisverkehr in Lichtenau auf der B 68
- Geschwindigkeitsmessaanlage
- Kooperation mit der Polizei

#### Kinder und Jugend in der Kultur

- Intensive Kinder- und Jugendarbeit bei Theater, Musikgruppen und Kinderchören
- Kreismusikschule
- Persönlichkeitsbildung durch Musik

- Kinder und Jugend im Sport
- Sicherung der Freibäder/ Naturbad
- 10 Jugendfreizeitstätten
- Konzept der offenen Jugendarbeit
- Dezentrales Konzept der offenen Jugendarbeit
- Ehrenamtlich geführt
- Hauptamtliche Anleitung

<b>Beteiligte Akteure</b>	Familienbund Arbeitsgemeinschaft Lichtenau, Stadt Lichtenau, Mini Club Henglarn, versch. Einzelpersonen (Hebammen, Jugendarbeit), alle Kirchengemeinden der Stadt, Krabbelgruppen, Naturbad Altenau e. V. etc.
<b>Ansprechpartner</b>	Familienbund AG Lichtenau Josef Eich Andreasstraße , 33165 Lichtenau-Henglarn Telefon 0529/22396 bzw. Telefon 0529/ 58930
<b>Finanzierungsmodell</b>	Einbringen der Ressourcen durch die Partner, BE, Sponsoring.

## Wiesenburg/Mark – Familien stärken, Zukunft gestalten

<b>Stadt</b>	Wiesenburg
<b>Bundesland</b>	Brandenburg
<b>Einwohnerzahl</b>	ca. 5.400

**Kurzbeschreibung** Den Ausgangspunkt der Vernetzung und Bündnisbildung bildeten die sieben Kitas der Gemeinde, seit Mai 2004 beteiligt sich das Bündnis an der Bundesinitiative. Das Bündnis möchte generell dazu beitragen, dass Wiesenburg für junge Familien noch attraktiver wird. Dabei stehen die Kinder in ihrer Persönlichkeitsentwicklung und die Elternbildung im Mittelpunkt der Aktivitäten. Die Akteure überarbeiten derzeit die Konzepte der Kita, um sie in den Ortsteilen als soziokulturelle Zentren und Kommunikationszentren für Eltern zu entwickeln und so die Potenziale für Familien noch stärker nutzbar zu machen. Neben einer verlässlichen Halbtagsgrundschule (VHGS) sollen thematisch offene Elternseminare für Familienbildung eingerichtet werden. Angedacht sind zudem Elternbefragungen zu verschiedensten Themen, um noch besser die Bedarfe besonders junger Eltern zu erfassen. Wichtig ist die Aufwertung des Wohn- und Lebensraums für junge Menschen in Wiesenburg. Um zum Beispiel dem langfristig drohenden Mangel an Facharbeitern/-innen vorzubeugen, engagiert sich auch das lokale Unternehmen Fläming Quellen GmbH dafür, stärker Jugendliche in den Blick zu nehmen und ihnen attraktive Lebensräume zu erschließen.

**Handlungsfelder**

- Beratung und Information für Familien
- Erziehung und Bildung

**Beteiligte Akteure**

- Wiesener Kitas, Hort und Grund- und Gesamtschule
- Gemeindevertretung Wiesenburg, besonders die Bürgermeisterin, der Jugendkoordinator und die Schulsozialarbeiterin
- Örtliche Vereine
- Örtliche Arbeitgeber
- Arbeits- und Ausbildungsförderungsverein Potsdam-Mittelmark e.V. (Moderation) Gewerbeverband Bergtheim
- Stab für Kreisentwicklung
- Brandenburgisches Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen: Referat 24

**Ansprechpartner** Wiesenburg – Familien stärken, Zukunft gestalten  
Monika Stoltmann  
Leiterin Projektentwicklung  
Dorfstraße 25, 14806 Belzig/OT Kuhlowitz  
Telefon 033841/3887-0, Fax 033841/388777

# Kiel – Gesamtkonzeption für eine kinder- und familienfreundliche Stadt

<b>Stadt</b>	Kiel
<b>Bundesland</b>	Schleswig-Holstein
<b>Einwohnerzahl</b>	232.613

**Kurzbeschreibung** Kiels Oberbürgermeisterin Angelika Volquartz und Sozialdezernent Adolf-Martin Möller haben am 14. Januar 2005 den Entwurf des Konzeptes „Kiel – die kinderfreundliche Stadt“ vorgestellt. Inzwischen hat das 95 Seiten starke Konzept, mit dessen Hilfe die Standortfaktoren Familienfreundlichkeit und Kinderfreundlichkeit einen großen Schub bekommen sollen, alle Ausschüsse der Selbstverwaltung durchlaufen und wurde im Februar vom Rat beschlossen.

Erst Mitte September vergangenen Jahres hatte die Mehrheit der Ratsversammlung die Verwaltung mit der Erstellung eines Gesamtkonzepts beauftragt. „Dass wir es in diesem Zeitraum geschafft haben, dafür danken wir auch dem Kölner Forschungsinstitut ‚empirica Delasasse‘, mit dessen freundlicher Genehmigung wir auf die Daten der Studie ‚Kinderfreundlichkeit der größten deutschen Städte‘ zurückgreifen konnten, die das Institut im Auftrag der Aktion ‚Ein Herz für Kinder‘ Ende 2003 erstellt hatte“, sagte Sozialdezernent Möller. Es gebe keine vergleichbare Studie, mit der sich so exakt messen lasse, wo Kiel im bundesdeutschen Vergleich steht.

Die Studie stellt die Landeshauptstadt vor eine große Herausforderung. „Platz 72 unter 83 deutschen Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern muss uns ein Ansporn sein“, so Oberbürgermeisterin Angelika Volquartz. Eine kinderfreundliche Stadt sei zudem ein herausragender Standortfaktor, der das Leben in Kiel noch attraktiver machen soll. Die Oberbürgermeisterin: „Wer in diesem Bereich punktet, tut vor allem etwas für junge Frauen. Und die sind nicht nur ein wichtiger Bestandteil unserer Gesellschaft, sondern unter ihnen gibt es auch viele gut qualifizierte Kräfte für den Arbeitsmarkt.“ Auch die demografische Entwicklung mit immer mehr älteren Menschen in den Städten mache deutlich, wie dringend notwendig mehr Kinderfreundlichkeit sei.

Um Einheitlichkeit und Vergleichbarkeit wahren zu können, orientiert sich das Kieler Konzept weitgehend an den in der empirica-Studie verwendeten Kategorien und Indikatoren. So ist es möglich, Kinderfreundlichkeit zu definieren, nämlich als Summe aller Qualitäten in den fünf Bereichen (Kategorien) „Sport und Spiel“, „Erziehung und Bildung“, „Wohnen und soziales Umfeld“, „Risiken“ und „Chancen“.

**Handlungsfelder** Im Mittelpunkt der Konzeption steht ein Abgleich aller in der empirica-Studie enthaltenen Indikatoren-Ergebnisse (als Ausgangswerte) für die Landeshauptstadt Kiel mit den aktuell vorliegenden Werten. Sie werden in Beziehung gesetzt zu Zielwerten, um messen zu können, wo Kiel im Vergleich zu den anderen deutschen Großstädten – zum Beispiel in dem Bereich der Krippenversorgung – steht und welche Wegstrecke noch gegangen werden muss, um bessere Werte zu erreichen. Wie diese Wegstrecke zurückgelegt werden kann, wird über jeweils aufgeführte „Maßnahmen zur Erreichung des Zielwertes“ dargestellt.

Letztlich werden vier Schwerpunktbereiche identifiziert, die nicht nur besonders hohe Wirkung in Sachen Kinderfreundlichkeit entfalten können, sondern auch durch die Stadt gezielt beeinflussbar sind:

1. Eine **gesicherte Kinderbetreuung und eine familienfreundliche Unternehmenskultur** sind Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dazu gehören mehr Plätze für Kinder unter drei Jahren, Ausbau von Ganztagschulen und Ganztagsangeboten, flexiblere Angebote sowie die Unterstützung betrieblicher Betreuungsangebote.
2. **Jugendhilfe, soziale und gesundheitliche Dienste, Kinder- und Jugendeinrichtungen müssen mit den Schulen intensiv zusammenarbeiten.** Das gewährleistet schulische und berufliche Förderung, aber auch Gesundheit und Sicherheit von Kindern und Jugendlichen.
3. Kiel muss als **Wohn- und Freizeitstandort für junge Familien** im Wettbewerb gestärkt werden. Gemeinsam mit der Wohnungswirtschaft muss ein „Kommunales Wohnraumversorgungskonzept“ erarbeitet werden. Statt „Betreten verboten“ muss es künftig „Kinder erwünscht, Spielen erlaubt“ heißen.
4. **Kinder und Jugendliche sollen stärker an Planungs- und Entscheidungsprozessen beteiligt werden.** Das Amt für Schule, Kinder und Jugendeinrichtungen erarbeitet zurzeit mit dem Lokalen Bündnis für mehr Jugendbeteiligung ein Konzept.

„Wenn Kiel dieses Konzept umsetzt, können wir einen großen Schritt in Richtung mehr Kinderfreundlichkeit machen“, betonten Volquartz und Möller. Allerdings: Wenn die Landeshauptstadt im Wettstreit um junge Familien wieder Boden gut machen will, ist Geduld unverzichtbar. „Das ist eine Aufgabe, für deren Erfüllung Jahre ins Land gehen werden. Ein Grund mehr, sofort anzufangen“, so Angelika Volquartz.

Es ist vorgesehen, die Konzeption mindestens alle zwei Jahre in einer dezernats- und ämterübergreifenden Arbeitsgruppe fortzuschreiben. Das eröffnet auch die Möglichkeit, die Kategorien und Indikatoren weiteren Erkenntnissen anzupassen. Hiefür erhoffen sich die Kieler durch ihre Mitarbeit in dem neuen KGSt-Vergleichsring Familienfreundlichkeit wichtige Hilfen.

Zur Fortschreibung der „Gesamtkonzeption: „Kiel – die kinderfreundliche Stadt“ soll ebenso ein Abgleich mit den im jeweils aktuellen Produkthaushalt definierten Zielsetzungen gehören.

**Beteiligte Akteure:** Das Konzept „Kiel – die kinderfreundliche Stadt“ passt zudem hervorragend zur gemeinsamen Initiative der Frauenbeauftragten der Landeshauptstadt Kiel, Annegret Bergmann, dem Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt sowie dem Nordelbischen Männerforum, die Anfang September 2004 gemeinsam mit der Oberbürgermeisterin vorgestellt wurde. Seither finden regelmäßige Gesprächsrunden mit Kieler Unternehmen statt, bei denen Erfahrungen über familienfreundliche Ideen ausgetauscht werden.

**Ansprechpartner:** Nico Sönnichsen  
Referent des Sozialdezernenten  
Dezernat für Soziales, Jugend, Gesundheit, Wohnen, Schule und Sport, Rathaus  
24103 Kiel  
Telefon 0431/9013018  
E-Mail N.Soennichsen@Lhstadt.kiel.de

Das Konzept kann unter [www.kiel.de](http://www.kiel.de) (Link: Kinder und Jugendliche) heruntergeladen oder auch als Druckfassung bestellt werden.

## Stadt Paderborn – Familienförderplan

**Stadt** Paderborn  
**Bundesland** Nordrhein-Westfalen  
**Einwohnerzahl** ca. 140.000

**Kurzbeschreibung** Paderborn ist demographisch eine vergleichsweise junge Stadt. Der Anteil von Kindern und Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung liegt deutlich über dem Bundes- und Landesdurchschnitt. Unabhängig von der speziellen Paderborner Situation machen die gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen auch nicht vor unserer Stadt halt. Die Rahmenbedingungen, unter denen Kinder und Jugendliche aufwachsen, mit ihren Auswirkungen auf die unterschiedlichen Lebenswelten junger Menschen verändern sich stetig, so zum Beispiel die traditionellen Familienstrukturen, fortschreitende Individualisierungsprozesse bei gleichzeitiger Globalisierung von zentralen Lebenswelten. Die Stadt unterstützt daher die Familien bei der Erfüllung ihrer zentralen Aufgaben und reagiert mit entsprechenden Hilfeleistungen auf die Veränderungen und den Wandel, denen heutige Familienstrukturen unterliegen:

- Die Stadt entwickelt in Kooperation mit den freien Trägern einen Familienförderplan. Dieser legt die wesentlichen Maßnahmen der Familienförderung in den Bereichen Wohnverhältnisse, Arbeitswelt, familienunterstützende Maßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe, Erfordernisse der Kinderbetreuung, soziale und kulturelle Familienarbeit, Gesundheitsförderung und Finanzierungsprogramme fest.
- Die Stadt ist Partner des Projektes „Kind und Ko – Kinder früher fördern“ der Bertelsmann- und Heinz-Nixdorf-Stiftung. Sie möchte mit diesem Projekt Familien unterstützten in ihren Erziehungs- und Bildungsaufgaben und in der Förderung der Zusammenarbeit zwischen Eltern, Kindertageseinrichtungen und weiteren professionellen Akteuren.
- Die Stadt wird im Herbst dieses Jahres der Bundesinitiative „Lokale Bündnisse für Familien“ beitreten, um neue Wege in der flexiblen Kinderbetreuung zu gehen im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

- Handlungsfelder**
- Gesundheitsförderung
  - Verkehrswesen
  - Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsförderung
  - Bildungswesen
  - Kinder- und Familienorientierung der Kommunalverwaltung
  - Familienunterstützende Betreuungs- und Erziehungsangebote
  - Wohnungswesen
  - Wohnumfeld- und Siedlungsgestaltung
  - Sport und Kultur

- Beteiligte Akteure**
- Familien
  - Initiativen und Vereine
  - Wohlfahrtsverbände
  - Kirchen
  - Wirtschaftsbetriebe
  - Verwaltungen
  - Freie Träger
  - Politik
  - Kammern
  - Gewerkschaften

**Ansprechpartner** Stadt Paderborn  
Petra Erger  
Abdinghof 11, 33098 Paderborn  
Telefon 05251/ 88-1458  
E-Mail: p.enger@paderborn.de

## Melsungen – Haus für Kinder und Familien

**Stadt** Melsungen  
**Bundesland** Hessen  
**Einwohnerzahl** 14.900

**Kurzbeschreibung** Das Lokale Bündnis für Familie in Melsungen hat mit dem „Haus für Kinder und Familien“ flexible Angebote für Eltern und Kindern geschaffen; es geht um die Themen Erziehung, Bildung, Betreuung und Freizeit. Kernstück ist eine Kindertagesstätte mit verlängerten Öffnungszeiten und Betreuungsangeboten für Kinder von 0 bis 12 Jahren. Integriert sind u. a. stundenweise Betreuungsangebote, die Vermittlung von Tagesmüttern und eine Hausaufgabenhilfe mit Verpflegung. Wichtiger Bestandteil des Konzeptes, das sich an die Idee der Early Excellence Center aus Großbritannien anlehnt, ist die frühe Förderung von Kindern. Eltern können hier Kurse, Gesprächskreise und Workshops besuchen, die ihre Erziehungsfähigkeit stärken.

Eine inhaltliche und organisatorische Besonderheit dieses Bündnisses ist die „Bürgerstiftung“: Bürgerinnen und Bürger sorgen mit dem Erwerb eines Anteils für die Kapitalbasis. Stadt und Wirtschaft stoßen die von den Bürgern aufgebraachte Finanzleistung Zug um Zug um den gleichen Betrag auf. Das Unternehmen B. Braun Melsungen AG hat dafür bereits 50.000 Euro in Aussicht gestellt. Aus den Erträgen der „Stiftung kinder- und familienfreundliches Melsungen“ können dann in Zukunft wichtige Projekte finanziert werden.

- Handlungsfelder**
- Familienfreundliches Wohnumfeld/ Verkehr
  - Familiengerechtes Freizeit-/ Kulturangebot
  - Beratung und Information für Familien

- Beteiligte Akteure**
- Örtliche Vereine
  - Gemeinderat
  - Gewerbeverband Bergtheim
  - Seniorenrat
  - Elternbeirat der Schulen
  - Kindergartenbeirat
  - Die Feuerwehren der drei Ortsteile
  - Engagierte Bürgerinnen und Bürger

**Ansprechpartner** Stadt Melsungen  
 Karin Plötz-Hesse  
 Kulturzentrum Alte Mühle  
 34212 Melsungen  
 Telefon 05661/708144  
 E-Mail: kinder-familienbeauftragte@melsungen.de

## Jena – Familienservice für flexible Kinderbetreuung

**Stadt** Jena  
**Land:** Thüringen  
**Einwohnerzahl** ca. 100.000

**Kurzbeschreibung** „Jena ist eine Stadt des Wachstums. Nicht nur des Wirtschaftswachstums, sondern auch des Bevölkerungswachstums: Immer mehr Menschen ziehen in unsere Stadt. Vor allem junge Familien haben erkannt: Jena ist ein familienfreundlicher Wissenschaftsstandort mit Zukunft!“ Der Oberbürgermeister der thüringischen Stadt, Dr. Peter Röhlinger, ist zu Recht sehr zufrieden mit seiner Stadt: eine gesunde Wirtschaft (verbunden mit einer moderaten Arbeitslosenquote), eine traditionsreiche Universität und eine moderne Fachhochschule sowie hohe Zuwanderungsquoten führten im Sommer 2004 dazu, dass Jena im Zukunftsatlas von Prognos und Handelsblatt mit Platz 24 ausgezeichnet wurde. In der attraktiven Saale-Stadt leben derzeit rund 100.000 Bürgerinnen und Bürger, davon über 25 Prozent im Alter zwischen 25 und 45 Jahren. Viele von ihnen Akademiker/-innen, die an den Hochschulen und in der forschungsintensiven Industrie arbeiten.

**Handlungsfelder** Im Wirtschaftsbereich hat die Stadt ganz klar ihre Standortvorteile ausgenutzt und den Technologiekonzern Jenoptik sowie branchenverwandte Unternehmen gefördert. Wie aber die dazu notwendigen Fachkräfte in die Region locken? „Wir haben viele junge und gut ausgebildete Akademikerinnen, die bei uns hervorragend Familie und Beruf unter einen Hut bringen können. Dies haben wir neben vielen anderen Maßnahmen und Projekten auch mit dem Lokalen Bündnis für Familie erreicht“, so der Oberbürgermeister.

Sowohl die Rahmenbedingungen als auch die konkreten Maßnahmen für Familien sind tatsächlich hochattraktiv: In Thüringen haben Eltern einen Rechtsanspruch auf einen Kindertagesstättenplatz für Kinder ab zweieinhalb Jahren. In Jena gibt es einen Rechtsanspruch auf einen KiTa-Platz ab dem 13. Monat, bzw. auf eine Tagesmutter ab dem siebten Monat, sofern die Eltern arbeiten bzw. studieren. Und dank des „Familienservice für flexible Kinderbetreuung“, wie das Lokale Bündnis für Familie in Jena heißt, wird den Eltern sogar noch mehr geboten:

- Stundenweise Betreuung für Kinder im Alter zwischen sieben Monaten und zweieinhalb Jahren, hauptsächlich für Eltern, die in Elternzeit sind
- Früh- und Spätdienstbetreuungsangebote (vor 7.00 Uhr morgens und nach 17.00 Uhr nachmittags)
- Kurzfristige Kinderbetreuung in Not- und Krisensituationen
- Vermittlung von Babysittern
- Ein Betreuungsangebot über so genannte „Leihomas“ ist, in Kooperation mit dem DRK-Seniorenbüro, im Aufbau.
- Familienpflege für Notsituationen, in denen die haushaltsführende Person erkrankt ist, entbunden hat, ein Kur- oder Krankenhausaufenthalt nötig ist und keine familiäre/nachbarschaftliche Hilfe möglich ist. Das Aufgabengebiet umfasst ambulante Hilfe: Hauswirtschaft, Erziehung, Grundpflege.

**Beteiligte Akteure** Das Jenaer Bündnis Familienservice für flexible Kinderbetreuung wurde im Frühjahr 2004 vom Verein Zentrum für Familie und Alleinerziehende e.V. zusammen mit vielen Partnern in der Stadt ins Leben gerufen. Die Geschäftsführerin des Vereins ist Stefanie Herold, Mitbegründerin und Hauptansprechpartnerin des Bündnisses. Sie weiß: „Bedarfsgerechte und bedarfsorientierte Kinderbetreuung verlangt mehr als Kindertagesstättenplätze! Immer wieder gibt es akute Notfallsituationen, in denen unsere Unterstützung gefragt ist: Tagesmütter erkranken; Eltern, die bislang keinen Bedarf an einem festen Platz hatten, brauchen nun stundenweise Unterstützung für Vorstellungsgespräche. Somit erleichtern wir vielen Frauen auch den (Wieder-)Einstieg in den Beruf!“

Im Bündnis haben sich Familien mit Vertreterinnen und Vertretern der Kommunalpolitik, der Universität Jena, dem Studentenwerk und dem Arbeitsamt sowie zahlreichen Unternehmen zusammengeschlossen, um gemeinsam neue Wege in der flexiblen Kinderbetreuung zu gehen und so den Familien und Alleinerziehenden eine bessere Balance zwischen Familie und Arbeitswelt zu ermöglichen. „Neben der akuten, kurzfristigen Hilfe für Eltern streben wir in unserem Bündnis auch eine langfristige familienfreundliche Strategie an“, so Stefanie Herold. „Beide Aufgabenstellungen können wir nur als Netzwerk unterschiedlicher Akteure erfüllen!“ So signalisieren nicht nur Eltern, sondern auch Unternehmen, welcher Betreuungsbedarf tatsächlich besteht. Schulen und Kindergärten sitzen mit am Tisch, um ihre Angebote zu kommunizieren, Tagesmütter und Leihomas erfahren direkt, wo sie gebraucht werden. Diese Kooperation funktioniert so gut, dass der Ausbau des Familienservice als zentrale Anlauf- und Beratungsstelle in Sachen Kinderbetreuung geplant wird.

Dr. Peter Röhlinger fasst zusammen: „Familienfreundlichkeit ist nicht nur Aufgabe der Verwaltung, sondern auch unserer Unternehmen. Und mit diesen arbeiten wir gemeinsam im Lokalen Bündnis, um noch bessere Bedingungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie für unsere Bürgerinnen und Bürger zu schaffen. Denn von Familienfreundlichkeit profitieren wir als Stadt, als Bürgerinnen und Bürger und als Unternehmen.“

**Ansprechpartner** Oberbürgermeister der Stadt Jena  
Dr. Peter Röhlinger  
Postfach 100 338, 07703 Jena  
Telefon 03641 / 49 21 10  
E-Mail: buero-ob@jena.de

Zentrum für Familie und Alleinerziehende e. V.  
Stefanie Herold  
Dornburger Straße 26, 07743 Jena  
Telefon 03641 / 48 96 66  
E-Mail: office@familienzentrum-jena.de

## ZDF – Familienfreundliches Gesamtkonzept

**Unternehmen** Zweites Deutsches Fernsehen  
Anstalt des Öffentlichen Rechts

**Branche** Medien

**Anzahl der Beschäftigten** 4.276 Beschäftigte sowie ca. 4.000 freie Mitarbeiter/innen

**Kurzbeschreibung** Der Geschäftsleitung des ZDF ist das Thema „Das soziale Engagement des ZDF als familienfreundliches Unternehmen“ ein Anliegen im Rahmen ihrer Personalpolitik. So hat das ZDF auf die spezifischen Problemstellungen, die sich aus dem Nebeneinander von Familie und Beruf ergeben können, in den vergangenen Jahren in vielfältiger Weise reagiert. In Form von Tarif- und Dienstvereinbarungen (insbesondere Arbeitsflexibilisierung und Gleitzeit, Beurlaubung zur Kleinkinderbetreuung und aus familiären Gründen, Teilzeit, Fort- und Weiterbildung, Bildungsurlaub, Frauengleichstellung, Versorgung) wurde ein modernes Regelwerk geschaffen, das als Grundlage für die Umsetzung des familienfreundlichen Gesamtkonzepts in den unterschiedlichsten Bereichen des Arbeitslebens im ZDF dient. Den Tarifpartnern gelang es dabei auch unter finanziell schwierigen Vorzeichen (zum Beispiel durch Schließung von Tariflücken) sicherzustellen, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf umfassend Berücksichtigung findet.

Ergänzt wird dies durch

- **organisatorische Unterstützungsmaßnahmen** (zum Beispiel Maßnahmen zur Reintegration bei längerer Familienpause, fallweise Telearbeit/Homework, unterschiedlichste Teilzeitmöglichkeiten auch in Führungspositionen) und
- **eine umfassende Sozialbetreuung** (zum Beispiel Kindergarten / Hort / Kinderkrippe; Kinderbetreuung im Kollegenkreis/Elternnetzwerk; Kinderferienbetreuung; Datei von Tagesmüttern, Babysittern oder Au-pairs; Vorhaltung einer Datei zum Thema „Hilfe im Alter – Betreuung, Vorsorge und Pflege“ mit Auflistung verschiedener Einrichtungen, zum Beispiel Alten- und Pflegeheimen, Sozialstationen, Mobilen Diensten; Bügel- und Wäscheservice; Betriebswohnungen; Mietwohnungsliste).

Das ZDF-Sozialwerk, das ausschließlich aus Geldern der Mitarbeiter finanziert wird (tarifliche Ansprüche aus der Abgeltung urheberrechtlicher Beteiligungen der ZDF-Arbeitnehmer/innen an den Erlösen aus außerrundfunkmäßigen Verwertungen gegenüber Dritten) ermöglicht zudem Unterstützungen in sozialen Notlagen und die Förderung spezifischer Projekte, zum Beispiel auch im Rahmen der Familienförderung (Kinderferienbetreuung, Einrichtung zusätzlicher Kinderkrippenplätze, Unterstützung der Schuldnerberatung).

- Handlungsfelder**
- Tarif- und dienstvereinbarungsmäßige Gestaltung der Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf
  - organisatorische Unterstützungsmaßnahmen
  - Sozialbetreuung/Sozialwerk

**Ansprechpartner** Zweites Deutsches Fernsehen  
Hauptabteilung Personal  
Dr. Michael Winter  
55100 Mainz  
Telefon 06131/704300, Fax 06131/704676  
E-Mail: hapersonal@zdf.de

## Siemens AG Erlangen – Projekt „Beruf und Familie“

**Unternehmen** Siemens AG, Erlangen  
**Branche** Elektrotechnik und Elektronik  
**Anzahl der Beschäftigten** ca. 23.000

**Kurzbeschreibung** Der Siemens-Standort Erlangen nimmt mit einer Vielzahl von familienfreundlichen Angeboten sowohl eine Vorreiterrolle im Unternehmen als auch am Wirtschaftsstandort Erlangen ein. Auf Initiative der Siemens-Standortleitung Erlangen wurden seit 2002 verschiedene Maßnahmen initiiert. „Uns ist es wichtig, mit einer nachhaltigen Unternehmenspolitik die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen am Standort zu unterstützen. Dauerhafte Motivation und Leistungsbereitschaft setzen bei Zusammenarbeit und Führung eine Grundhaltung voraus, die den Menschen die Vereinbarkeit von beruflichen und familiären Aufgaben zu erleichtern hilft“, so Standortleiter Manfred Hopfengärtner. Das Projekt „Beruf und Familie“ hilft Siemens Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, neben dem Engagement für das Unternehmen ein ausgeglichenes Familienleben realisieren zu können, wovon auch das Unternehmen profitiert.

Vereinbarkeit von Beruf und Familie zeichnet sich bei Siemens durch drei wesentliche Eigenschaften aus, sie ist

- unkompliziert
- praktikabel und
- lösungsorientiert.

**Handlungsfelder** Unter dem Motto „Beruf & Familie“ bietet das Unternehmen in Erlangen den Mitarbeitern standortbezogen und bereichsübergreifend eine Reihe von Leistungen an. Bereits fest etablierte Einrichtungen der Siemens AG in Erlangen sind der so genannte „Mittagstisch für Mitarbeiterkinder“, die „Ferienbetreuung“ in den Sommerferien, das Projekt „Unterschluß in Notfällen“, die „Siemens-Intranetbörsen“ zu den Themen Kinderbetreuung und Nachhilfe sowie ein diesbezüglicher Webauftritt, der unter der Adresse: [www.beruf-plus-familie.de](http://www.beruf-plus-familie.de) zu erreichen ist.

- Der **Mittagstisch für Mitarbeiterkinder**: Seit mehr als zwei Jahren können die Kinder von Firmenangehörigen den „Mittags-Kindertisch“ in vielen Siemens-MitarbeiterInnenrestaurants in Erlangen, Forchheim und Nürnberg in Anspruch nehmen.
- **Ferienbetreuung bei Siemens**: Nachhaltig verändert hat sich die Situation bei Siemens in Erlangen seit dem Sommer 2002, nachdem in Erlangen auf Initiative des Standortleiters Manfred Hopfengärtner unter Leitung der Diplom-Pädagogin Karin Schäfer erstmals eine 4-wöchige Ferienbetreuung für Kinder von allein erziehenden Betriebsangehörigen und für Kinder von Familien, in denen beide Elternteile arbeiten, angeboten wurde.

Auf Basis eines Kooperationsvertrages zwischen Siemens und der Stadt Erlangen beteiligt sich mittlerweile auch die Stadt an der Ferienbetreuung, wodurch diese nicht mehr ausschließlich Kindern von Siemens-Betriebsangehörigen offen steht.

Dass das Angebot gut angenommen wird, belegen eindrucksvoll die Zahlen, denn seit 2002 hat sich die Zahl der Teilnehmer auf nahezu 750 Kinder mehr als verdoppelt. Unter Aufsicht pädagogisch vorgebildeter Betreuerinnen und Betreuer werden lehrreiche Ausflüge und Besichtigungen unternommen, finden Sport- und Schwimmwettkämpfe statt, es wird getanzt, gebastelt, gesungen, unter fachkundiger Anleitung schon mal mikroskopiert, so wird den betreuten Kinder die Zeit niemals lang. Neben dem Siemens-Sportzentrum, in dem diese familienfreundliche Einrichtung ihren Anfang nahm, stehen seit der Kooperation mit der Stadt Erlangen für die Ferienbetreuung auch Räumlichkeiten im Ohm Gymnasium sowie im Kindergarten an der Lauseiche in Erlangen Bruck zur Verfügung.

- **Unterschluß in Notfällen**: Die Siemens AG in Erlangen hält ferner Betreuungsplätze für Kinder ab dem Grundschulalter bis max. 12 Jahre bereit, deren Eltern sich in einer „Betreuungs-Notlage“ befinden. Diese Betreuungsplätze stehen bei entsprechendem Bedarf – allein erziehenden Müttern und Vätern, – Familien, in denen beide Elternteile berufstätig sind und – Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Ausnahme- bzw. Notsituationen zur Verfügung.

- **Intranet-Börsen (I- und K-Börse der Siemens Erlangen AG)**

Die „i-börse für Kinderbetreuung“: Bei dieser Börse handelt es sich um eine webbasierte Kontaktplattform zum Thema Kinderbetreuung in jeder Variation, vom variablen Babysitterservice bis hin zu Angeboten von Tagesmüttern. Über Suchfunktionen haben Betreuungssuchende die Möglichkeit, einfach und auf schnellstem Wege Kontakt mit denjenigen aufzunehmen, die eine Betreuung brauchen oder mit Betreuerinnen und Betreuern, die gerne betreuen würden.

Die „k-börse“ steht für „Knowledge Transfer“: Sie gibt Eltern die Gelegenheit, auf einfache Art und Weise mit einem „Nachhilfe Anbieter“ in Kontakt zu treten. Natürlich ermöglicht ein Pendant zum „Nachhilfe Anbieter/in“ auch die Suchoption für „Nachhilfe SchülerInnen“. Bei Bedarf tragen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihr Schulkind einfach in der k-börse als „Nachhilfe SchülerIn“ ein oder bieten einem Schulkind ihre kompetente Hilfe in Sachen Nachhilfe an. Beide Börsen, sowohl die „i-boerse“ als auch die „k-boerse“, sind nur im firmeneigenen Netz erreichbar.

Standortübergreifend bietet die Siemens AG vielfältige Arbeitszeitmodelle an: Von diversen Teilzeimodellen bis hin zur Vertrauensarbeitszeit ermöglichen die eine Harmonisierung persönlicher und betrieblicher Belange. Alternierende Telearbeit unterstützt diese Vereinbarkeit.

**Ansprechpartner** SIEMENS AG SRE  
Karin Schäfer  
Werner-von-Siemens-Straße 50, 91052 Erlangen  
Telefon 09131 / 7-20476  
E-Mail: Karin.dschaefer@siemens.com

## Familienservice GmbH – Beratungs- und Vermittlungsdienst zur Kinderbetreuung

**Unternehmen** pme Familienservice GmbH und gGmbH  
Berlin und 15 weitere Standorte

**Branche** Beratung und Dienstleistungen rund um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Unternehmen und die öffentliche Hand.

**Beschäftigte** ca. 250  
Vermittlungspools von Betreuerinnen: ca. 5000

**Kurzbeschreibung** Der Familienservice entstand vor 13 Jahren als Unternehmensfinanzierter Beratungs – und Vermittlungsdienst zur Kinderbetreuung. Er ist inzwischen der größte Anbieter von Work-Life-Balance Dienstleistungen in Deutschland.  
In den letzten Jahren hat er viele weitere Projekte in Zusammenarbeit mit Betrieben und Kommunen oder auch nur mit Kommunen entwickelt. Diese Angebote sind für Kommunen besonders geeignet, um den Anforderungen des TAG-Gesetzes Rechnung zu tragen und neue Finanzmittel auch durch Unternehmen einzuwerben.

**Merkmale dieser Angebote sind**

- Innovative Pädagogik – mit starker internationaler Ausrichtung
- Internet-gestützte Arbeit – als Mittel der Qualitätssicherung und Ablaufoptimierung
- Konsequente Dienstleistungsorientierung für die Nutzer – hohe Flexibilität
- Moderne und effektive Managementmethoden für Belegplanung und Arbeitszeitplanung
- Inhaltliche Verknüpfung von Tagespflege, Kita und Nachbarschaftsprojekten

**Ausgewählte Handlungsfelder**

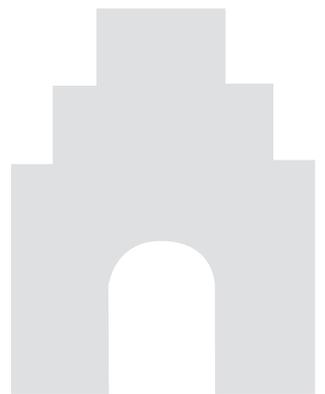
- **Tagespflege**  
**Familienkrippen: Pilotstandort Mainz, in Kooperation mit der Fachhochschule Mainz**  
Eine gezielte pädagogische Aufwertung traditioneller Tagespflege, geeignet für den Ausbau der Tagespflege als vollwertige Alternative zur Krippe, in Anlehnung an das französische Modell der Crèche familiale. Ausgebildete Tagesmütter erhalten eine höhere Bezahlung als andere Tagesmütter, eine Ausstattung mit hochwertigem pädagogischem Material sowie einen Computeranschluß. Computergestützte Tages- und Wochenpläne sorgen dafür, dass die Aktivitäten den Ansprüchen moderner Bildungsplanung folgen. Einmal im Monat findet fachliche Supervision statt. Die Familienkrippen werden zusätzlich nach der TES-(Tagespflege-Einschätz) Skala evaluiert. Die Betreuerinnen in firmenfinanzierten Familienkrippen sind teilweise in BAT 8 beim Familienservice angestellt.
- **Durchführung von Tagesmüttertreffs in Kooperation mit dem Jugendamt (Mainz)**  
**Aufbau und Betrieb von Krippen, Kitas, Horten und flexiblen Notbetreuungseinrichtungen** in Kooperation mit Kommunen, Forschungseinrichtungen, Universitäten, internationalen Unternehmen und Behörden – u. a. in Karlsruhe, Stuttgart, Frankfurt, München, Bonn, Hamburg, Bonn, Dresden.
- **Beratung und Begleitung von Kommunen und Firmen bei der Entwicklung von co-finanzierten Elterninitiativen** – zum Beispiel IKEA in Ludwigsburg und Dresden
- **Pädagogisch begleitete Spielgruppen** – Modellstandort Potsdam – ein Modell, das für Eltern aus Risikogruppen mit Kindern unter drei Jahren eine kostengünstige und hochwertige Förderung zu deutlich geringeren Kosten als in der Krippe bietet. Das Konzept verbindet Erfahrungen des Empowerments aus der Mütterzentrumsarbeit mit moderner Krippenpädagogik wie den Early – Excellence Centers. Arbeit suchende Mütter oder Väter mit ihren Kindern nehmen drei – bis fünf mal wöchentlich jeweils ca. fünf bis sechs Stunden an diesem Angebot teil. Eine halbe Fachkraft leistet pädagogische Begleitung, die Kinderbetreuung selbst findet durch Eltern statt, die ständig fortgebildet werden und den Tagesablauf mit Hilfe von vorgegebenen Wochenplänen selbst gestalten. Der Familienservice stellt Konzeption und Begleitung bereit, die Trägerschaft liegt bei örtlichen Trägern.
- **Kooperation mit lokalen Bündnissen für Familie:**
  - in Nürnberg Angebote für Firmen im Rahmen des Bündnisses
  - in Hamburg Beratung für mittelständische Betriebe im Rahmen des Bündnisses
- **Aufbau des Informationsportals [www.mittelstand-und-familie.de](http://www.mittelstand-und-familie.de)** im Auftrag der Allianz für die Familie. Hier wird ab dem 6.6.2005 u.a. ausführlich über kommunale Angebote und Serviceleistungen für den Mittelstand und seine Mitarbeiter informiert.

**Ansprechpartner**

pme Familienservice GmbH  
Anja Umbreit  
Flottwellstr. 4 - 5, 10785 Berlin  
E-Mail: [Anja.Umbreit@familienservice.de](mailto:Anja.Umbreit@familienservice.de)  
Informationen zum Familienservice: [www.familienservice.de](http://www.familienservice.de)

## BISHER IN DIESER REIHE ERSCHIENEN

Nº 46	Zukunft der Kommunen	5/2005
Nº 45	Neustart in der Arbeitsmarktpolitik fortsetzen Bilanz 2004 und Ausblick 2005 der deutschen Städte und Gemeinden“	1-2/2005
Nº 44	„Die Kommunen sind nicht die Kolonien des Staates“ Beiträge von Dr. Wulf Haack aus 25 Jahren Tätigkeit im Deutschen Städte- und Gemeindebund (nur Online-Version)	12/2004
Nº 43	Auslegungshilfe zu den wegerechtlichen Bestimmungen im neuen Telekommunikationsgesetz	12/2004
Nº 42	Stadt macht Schule	10/2004
Nº 41	Das BauGB 2004 – Eine Arbeitshilfe für die kommunale Praxis	9/2004
Nº 40	Genossenschaften – Miteinander von Bürgern, örtlicher Wirtschaft und Kommunen	9/2004
Nº 39	Interkommunale Zusammenarbeit	7-8/2004
Nº 38	Saubere Kommune – Rote Karte gegen den wilden Müll	7-8/2004
Nº 37	Stadt und Verkehr – 100 Leitsätze zur Verkehrsgestaltung in Städten und Gemeinden	4/2004
Nº 36	Kommunale Auftragsvergabe Grundlagen, Vergabeverfahren, Rechtsschutz	3/2004
Nº 35	„Nach der Reform ist vor der Reform – Bilanz 2003 und Ausblick 2004 der deutschen Städte und Gemeinden“	1-2/2004
Nº 34	Cross-Border-Leasing – Ein Weg mit Risiken	12/2003
Nº 33	Kommune schafft Sicherheit – Trends und Konzepte kommunaler Sicherheitsvorsorge	12/2003
Nº 32	Neustart in der Sozialpolitik	11/2003
Nº 31	Korruptionsprävention bei der öffentlichen Auftragsvergabe Manipulation verhindern, Korruption bekämpfen	5/2003
Nº 30	Neue Wege der Tourismusfinanzierung vor Ort mit der Leistungskarte	4/2003
Nº 29	Bilanz 2002 und Ausblick 2003	1-2/2003
Nº 28	Public-Private-Partnership – Neue Wege in Städten und Gemeinden	12/2002
Nº 27	Erwartungen der Städte und Gemeinden an den neuen Bundestag und die neue Bundesregierung – Auszüge aus der Koalitionsvereinbarung	11/2002
Nº 26	Kommunal Finanzen auf Talfahrt Daten und Fakten des Jahres 2001	10/2002
Nº 25	Planungsrechtliche Steuerung von Windenergieanlagen durch Städte und Gemeinden	7-8/2002
Nº 24	Erwartungen der Städte und Gemeinden an den neuen Bundestag und die neue Bundesregierung	6/2002
Nº 23	Der Erschließungsvertrag nach § 124 BauGB	4/2002
Nº 22	Bilanz 2001 und Ausblick 2002: Daten – Fakten – Hintergründe	1-2/2002
Nº 21	eVergabe öffentlicher Aufträge Chancen, Verfahren und Lösungen	11/2001
Nº 20	Mit Familien die Zukunft gewinnen! Perspektiven des Deutschen Städte- und Gemeindebundes zur Familienpolitik in Deutschland	8/2001



# DStGB

Deutscher Städte-  
und Gemeindebund

Marienstraße 6 · 12207 Berlin  
Telefon 030.773 07.0 · Telefax 030.773 07.200  
E-Mail [dstgb@dstgb.de](mailto:dstgb@dstgb.de)  
[www.dstgb.de](http://www.dstgb.de)

Verlag WINKLER & STENZEL GmbH  
Postfach 1207 · 30928 Burgwedel  
Telefon 05139.8999.0 · Telefax 05139.8999.50  
E-Mail [info@winkler-stenzel.de](mailto:info@winkler-stenzel.de)  
[www.winkler-stenzel.de](http://www.winkler-stenzel.de)